NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

am Mittwoch, 24.02.2021, um 18:00 Uhr
im Dorfgemeinschaftshaus in Brandholz

Name	Bemerkung
------	-----------

Vorsitzender

1. Bürgermeister Holger Bär

Stadtratsmitglieder

Stadtrat Andreas Backs

Stadträtin Wencke Dorna

Stadtrat Manfred Hautsch

Stadtrat Michael Hofmann

Stadtrat Klaus-Dieter Löwel

Stadträtin Andrea Lutz

Stadträtin Susanne Müller

Stadtrat Peter Nitzsche

Stadtrat Dr. Friedrich Nüssel

2. Bürgermeister Wieland Pietsch

Stadtrat Peter Popp

Stadtrat Stefan Retsch

Stadtrat Klaus Rieß

Stadtrat Christof Roß

Stadtrat Wolfgang Sahrman

Stadtrat Simon Schmidt

Schriftführer

Bernd Dannreuther

Zur öffentlichen Sitzung waren fünf angemeldete Besucher anwesend
sowie die Referenten:

Petra Geiger vom gleichnamigen Architekturbüro, Schulstr. 7, 91355 Hilpoltstein, und
Herr Kräußel vom Architekturbüro Horstmann & Partner.

Der Vorsitzende stellte fest, dass Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2/3 GO gegeben ist.

Die ordnungsgemäße Ladung erfolgte mit Schreiben vom 17.02.2021.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird diese umgestellt.

TOP 7 „Bauleitplanung – Aufstellung Bebauungsplan „Am Altenbaum III – Wohndorf 21“ – Auslegungs- und Billigungsbeschluss“ wird als TOP 2 behandelt.

Die bisherigen Tagesordnungspunkte Nr. 2 bis Nr. 6 verschieben sich jeweils, so dass diese nun die Tagesordnungspunkte 3 bis 7 darstellen.

Hierzu werden seitens des Stadtrates keine Einwendungen erhoben.

TAGESORDNUNG

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 20.01.2021 und 27.01.2021 / Bekanntgaben aus nichtöffentl. Sitzungen
 - 1.1. Niederschrift vom 20.01.2021
 - 1.2. Niederschrift vom 27.01.2021
 - 1.3. Bekanntgaben aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 27.01.2021
2. Bauleitplanung - Aufstellung Bebauungsplan "Am Altenbaum III - Wohndorf 21" - Auslegungs- und Billigungsbeschluss
3. Gemeinschaftshaus Marktplatz 6 - Weiterverfolgung der Planungsvarianten 8.3

Unterbrechung der Sitzung von 19.15 Uhr bis 19.20 Uhr für eine Lüftungspause

4. Marktplatz 8 - Grundsatzentscheidung Vorgehensweise
5. Kanalsanierungen 2021 - Festlegung
6. Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und Sicherung der Gehbahnen im Winter - Neuerlass
7. Museumsverein Goldkronach - Zuschussantrag für Umbaumaßnahmen in der Museumsscheune
8. Kindertagesstätten - Kommunalanteil Elternbeitragserstattung
9. KIGA-Bedarfsanerkennung - Vorgehensweise
10. Kommandantenwahlen FF Sickenreuth und FF Brandholz - Bestätigungen / Bestellung Notkommandanten FF Dressendorf
11. Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges TLF 3000 mit Staffelkabine für die FF Brandholz - Ausschreibung
12. Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes - Onlineformulare
13. Weitere Informationen, Anfragen, Sonstiges
 - 13.1. Corporate Identity
 - 13.2. Defibrillatoren
 - 13.3. Zweckverband Wasserversorgung Benker Gruppe
 - 13.4. Hochbehälter Brandholz - Sachstand
 - 13.5. Dorferneuerung Nemmersdorf - Maßnahme Dorfstraße am Sportplatz
 - 13.6. Alexander-von-Humboldt-Grundschule - Leihgeräte für Schüler und Lehrer

Unterbrechung der Sitzung von 20.15 Uhr bis 20.20 Uhr für eine Lüftungspause

- 13.7. Bündelausschreibung für die kommunale Strombeschaffung für die Lieferjahre 2023 bis 2025
- 13.8. Unbemannt-store
- 13.9. Anfragen

Top 1	Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 20.01.2021 und 27.01.2021 / Bekanntgaben aus nichtöffentl. Sitzungen
--------------	---

Top 1.1	Niederschrift vom 20.01.2021
----------------	-------------------------------------

Sach- und Rechtslage:

Die Niederschrift wurde den Stadtratsmitgliedern über das Ratsinformationssystem zugeleitet.

Beschluss:

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form ohne Einwendungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Top 1.2	Niederschrift vom 27.01.2021
----------------	-------------------------------------

Sach- und Rechtslage:

Die Niederschrift wurde den Stadtratsmitgliedern über das Ratsinformationssystem zugeleitet.

Beschluss:

SR Löwel weist darauf hin, dass auf Seite 29 der TOP 14.6 geändert werden müsse, da zum damaligen Zeitpunkt alle Feuerwehren die Fragebögen abgegeben haben. Die Worte „bis auf eine Feuerwehr“ sind zu streichen.

Die Niederschrift wird mit der vorgenannten Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Top 1.3	Bekanntgaben aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 27.01.2021
----------------	--

Sach- und Rechtslage:

Bei den nachfolgenden Tagesordnungspunkten sind die Gründe für die Nicht-Öffentlichkeit weggefallen:

- **TOP 2: Datenschutzbeauftragte – Widerruf der Bestellung**

Beschluss:

Die Bestellung des Herrn Bernd Dannreuther zum behördlichen Datenschutzbeauftragten sowie des Herrn Hermann Zinke zum stellvertretenden behördlichen Datenschutzbeauftragten vom 18.Mai 2018 wird jeweils rückwirkend zum 31.12.2020 widerrufen. Die Ernennungsurkunden sind einzuziehen.

Die Benennung des Herrn Bernd Dannreuther als Ansprechpartner für die gemeinsame Datenschutzbeauftragte im Landkreis Bayreuth wird bestätigt.

- **TOP 3: Sanierung Brücke Kottersreuth – Ingenieurvertrag**

Beschluss:

Der Aufhebungsvertrag mit IB UK-Plan, Ingenieurgemeinschaft Knijnenburg + Kuthan, Kemnather Str. 2, 95632 Wunsiedel, für die Baumaßnahme „Ersatzneubau BW 17 – Brücke über die Kronach in Goldkronach, OT Kottersreuth“ ist abzuschließen.

- **TOP 5: Digitales Klassenzimmer – Auftragsvergaben**

Beschluss TOP 5.1:

Der Auftrag für die Installationsarbeiten zur Umsetzung des „Digitalen Klassenzimmers“ in der Altbauspanne der Alexander-von-Humboldt-Grundschule Goldkronach wird an die Firma Geuss Elektrotechnik, Grafenwöhr, zu einem Bruttoangebotspreis von 36.856,44 € vergeben. Die Installationsarbeiten sollen so durchgeführt werden, dass der Unterrichtsbetrieb möglichst wenig beeinträchtigt wird.

Beschluss TOP 5.2:

- a) Los 1 wird ohne die Position Betreuung und Wartung zu einer Angebotssumme von 29.528,44 € an den wirtschaftlichsten Anbieter, die Firma Geuss Elektrotechnik, Grafenwöhr vergeben.
- b) Die Vergabe des Loses 2 wird zurückgestellt. Die Angebotsgültigkeit soll bis mindestens 31.03.2021 verlängert werden.

Top 2 Bauleitplanung - Aufstellung Bebauungsplan "Am Altenbaum III - Wohndorf 21" - Auslegungs- und Billigungsbeschluss

Sach- und Rechtslage:

- a) Die 2. Auslegung erfolgte im Zeitraum vom 11.11.2020 bis 09.12.2020.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Anmerkungen wurden in die nun vorliegende Fassung vom 18.02.2021 in den Bebauungsplan eingearbeitet.

- b) Der Vorsitzende stellt nochmals die bisherige Vorgehensweise dar.

Auf Nachfrage von SRin Müller erläutert Architektin Geiger die Bedeutung des Begriffes „Gründerzentrum“, welcher in Abstimmung mit dem LRA gewählt wurde, um die angedachte Nutzung auch angesichts der Festsetzungen im Flächennutzungsplan zu verwirklichen.

Ebenso angestoßen durch SRin Müller wird noch über die Funktionsweise einer „beheizbaren Straße“ sowie über die Sinnhaftigkeit von „roten Dachflächen“ diskutiert.

SR Hofmann stellt fest, dass alles was sich technisch überfrachtet darstellt, nicht umgesetzt werden sollte.

SR Retsch ergänzt, dass es sich bei dieser Straße wohl um ein Experiment handelt, das unpraktikabel sei und Mehrkosten verursache.

- c) Behandlung Stellungnahmen

s. Anhang

Beschluss:

Der vorliegende Bebauungsplan „Am Altenbaum III – Wohndorf 21“ mit seinen Anlagen wird in der vorliegenden Fassung vom 18.02.2021 gebilligt.

Die Abwägungen der einzelnen Stellungnahmen mit Abstimmungsergebnis des Stadtrates sind dem Beschluss beigefügt und gelten als Bestandteil des Beschlusses.

Der Bebauungsplan ist erneut auszulegen. Die Auslegung erfolgt im verkürzten Verfahren. Die Träger öffentlicher Belange sind zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 3 Gemeinschaftshaus Marktplatz 6 - Weiterverfolgung der Planungsvarianten 8.3**Sach- und Rechtslage:**

a) Der Vorsitzende skizziert kurz den bisherigen Werdegang einschließlich der sehr zeitaufwendigen europaweiten Ausschreibung zur Beauftragung eines Architekturbüros. Nach Erarbeitung des ISEK sowie mehreren Städtebauklausuren zur Erarbeitung des Konzeptes für das Gemeinschaftshaus wurde ein Anbau für erforderlich gehalten, um einen Treffpunkt im Innenbereich zu schaffen.

Die Ergebnisse der Städtebauklausuren wurden durch das Architekturbüro aufgearbeitet und mit der Regierung von Oberfranken förderrechtlich geprüft. Diese Prüfung ist zwar noch nicht endgültig abgeschlossen, jedoch bestehen seitens der Regierung und auch des Architekturbüros keine Bedenken, den derzeitigen Planungsstand vorzustellen und zu veröffentlichen. Es handelt sich um einen Entwurf auf Basis der letzten Städtebauklausur.

b) Herr Kräußel betont ebenso, dass die Vorgaben aus den Städtebauklausuren und die Erkenntnisse aus der Abstimmung sowohl mit der Regierung von Oberfranken als auch des Denkmalschutzes eingeflossen sind.

Nach Vorstellung des Planungsentwurfes ist besonders zu erwähnen, dass sich eine Denkmalswürdigkeit auf das äußere Erscheinungsbild, nicht jedoch auf die Innenräume stützt. Allerdings soll der Gewölbekeller erhalten bleiben, so dass die relativ hohe Gewölbekappe einen Höhenunterschied und damit eine Stufe bedingt.

Demnach ist zwischen den Anwesen Marktplatz 6 und Marktplatz 8 ein Höhenunterschied von ca. 1,2 m zu überwinden.

Die Kosten des Anbaus belaufen sich auf ca. 800.000 €.

ca) Auf Nachfrage von SR Dr. Nüssel erläutert Herr Kräußel, dass durch den Abbruch des Anbaus auf dem Anwesen Marktplatz 8 ca. 205 m² überbaute Fläche verloren gehen. Durch den bisher angedachten Neubau des Mehrzweckraumes als auch des Trauraumes mit Toiletten würden insgesamt 280 m² überbaute Fläche neu geschaffen werden. Ohne Trauzimmer würde sich diese Fläche auf 204 m² reduzieren.

Der Abbruch des Anbaus sowie der in der Vorplanung enthaltene Neubau sind sowohl mit der Regierung als auch mit dem Denkmalschutz abgestimmt.

SR Dr. Nüssel weist noch darauf hin, dass ein großer Veranstaltungsraum zur Belegung des Zentrums dringend erforderlich sei. Dieser solle vernünftig unter Berücksichtigung der finanziellen Machbarkeit gestaltet werden.

Sobald die aktualisierte Planung, ggf. unter Wegfall des Trauraums vorliegt, sollte man sich auch über die Kosten unterhalten.

Da sich zum jetzigen Zeitpunkt die Kosten des Anbaus auf ca. 800.000 € bewegen, würde sich der städtische Anteil unter Zugrundelegung eines Fördersatzes von 60 v. H. auf ca. 320.000 € belaufen. Dies sollte auch nach außen hin explizit dargestellt werden.

cb) SR Backs regt an, den Technikraum unter dem Stuhllager zu konzipieren, damit mehr Freiraum auf dem Anwesen Marktplatz 8 möglich wäre. Zusätzlich wäre eine Vergrößerung des Foyers wünschenswert. Er sehe es als fahrlässig an, den Veranstaltungsraum in Frage zu stellen, da dieser die Belegung der Innenstadt garantiere.

cc) Auf Hinweis von SRin Müller wird die Änderung der Position des Aufzuges (bedingt durch Gewölbekeller) geklärt. Nach deren Auffassung sollte eine kleine abgeschlossene Küche geschaffen werden, allerdings müsse hierfür bekannt sein, welche Nutzungen das Konzept vorsehe.

Nach ihrer Ansicht sollte auch auf den gesonderten Trauraum und den Veranstaltungsraum verzichtet werden, denn es entstehe schon ein Mehrzweckraum in der Schule. Sie bittet um Darstellung der Kostenersparnis durch das Weglassen der genannten Räume.

Herr Kräußel legt dar, dass belastbare Kostenberechnungen erst dann möglich sind, wenn die Aussagen der Fachplaner vorliegen.

cd) SR Löwel spricht sich für die ersatzlose Streichung des gesonderten Trauraumes aus. Zusätzlich bezweifelt er die Notwendigkeit des Bürgergartens zum Anbau von Kräutern.

ce) SR Hofman geht in seiner Stellungnahme auf das „Informationsschreiben“ des Bürgerbegehrens, vor allem hinsichtlich der Bezeichnung „Prachtbau“ und der „nicht vorhandenen Transparenz“ ein.

Da die Hauptinitiatoren dieses Bürgerbegehrens bei der Frauenliste angesiedelt sind, geht der Stadtrat davon aus, dass die Vertreterin der Frauenliste wohl nicht anwesend war, wenn der Punkt „Gemeinschaftshaus“ im Stadtrat oder in Städtebauklausuren behandelt wurde.

Der Stadtrat verweist auf die vorhandene Raumnot im Rathaus und die fehlenden Veranstaltungsräumlichkeiten in der Innenstadt.

Das Projekt sei bereits im Jahr 2020 mit 16 zu 1 Stimmen im Stadtrat auf den Weg gebracht worden. Das Kippen, das Vertagen oder weitere Umplanungen verursachen wirkliche Mehrkosten.

Die bisherigen Mehrkosten seien durch die Erfordernisse des Denkmalschutzes durch die beengten Verhältnisse bedingt. Er bezeichnet den jetzigen Stand der Planung als konzeptionell richtig.

Der Stadtrat stehe – außer der Frauenliste – hinter dem Konzept bzw. der vorgestellten Planung, allerdings ohne Trauraum.

Letztendlich verweist er noch auf verschiedene Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt, die dem Vorwurf der „fehlenden Transparenz“ entgegenstehen.

Man könne nun auch ohne Trauzimmer mit einem vernünftigen Konzept weiterarbeiten.

Der Übergang zur Kirchgasse sollte ohne Trauraum dennoch ansehnlich gestaltet werden.

Herr Kräußel ergänzt, dass der Trauraum Teil des Gesamtkonzeptes war, welcher weggelassen werden könnte, allerdings müsste dann für eine ansprechende Gestaltung der Außenanlagen der Übergang zur Kirchgasse gelöst werden. Die Einsparung durch das Weglassen des Trauraums sei aber eher zu vernachlässigen.

SR Hofmann bittet, das Einsparpotential einschließlich auch anderer Lösungen zum Übergang zur Kirchgasse zu prüfen. Es sollte eine endgültige Entscheidung über den Wegfall des Trauraums fallen.

cf) 2. Bgm. Pietsch kritisiert, dass über die Initiatoren des Bürgerbegehrens falsche Informationen (z.B. „pompöser Prachtbau“) verbreitet werden. Die Bevölkerung werde über das Infoblatt unvollständig und irreführend informiert. Das Projekt wurde einstimmig – mit Stimme der Frauenliste – auf den Weg gebracht, welches sich immer noch in der Planungsphase befinde. Der Multifunktionsraum soll gerade eben Veranstaltungen in Goldkronach ermöglichen. Jeder Ortsteil im Stadtgebiet habe einen Veranstaltungsraum, nur im Innenstadtbereich soll nun keiner erforderlich sein?

Weiter legt er dar, dass insgesamt die versiegelten Flächen weniger werden. Die Bausubstanz im Anbau Marktplatz 8 ist in einem sanierungsbedürftigen Zustand, so dass hier Lösungen für Nutzungen gefunden werden mussten

Zudem sei es nach seiner Auffassung ungeheuerlich, dass in sozialen Netzen der Frauenliste Personen des öffentlichen Lebens „in den Dreck gezogen“ werden. Dies ist keine Umgangsart. Er fordert den Bürgermeister auf, jetzt eine „klare Kante“ zu zeigen und auch größtmögliche Transparenz zu praktizieren.

Letztendlich weist er darauf hin, dass die Stadträte von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden, um Entscheidungen für diese Bürger zu treffen.

Das Gemeinschaftshaus solle entweder richtig oder gar nicht umgesetzt werden.

cg) SR Popp unterstreicht die Aussagen der beiden Vorredner nochmals in dem Bereich, dass die Gestaltung eines Gemeinschaftshauses ohne Anbau, der kein Prachtbau sei, keinen Sinn mache. Er prangert die gezielte Falschinformation und die Verbreitung von Halbwahrheiten als eine Art Populismus an. Er sei fassungslos über die Vorgehensweise der Initiatoren.

ch) SR Rieß spricht sich dafür aus, dass die Kosten des Trauraums zu vernachlässigen seien. Zu berücksichtigen wäre, dass ein öffentliches WC in diesem Bereich unbedingt erforderlich sei. Der Stadtrat solle nicht vor dem Bürgerbegehren einknicken.

ci) SR Nietzsche stellt noch einmal zusammen, dass sich der Stadtrat intensiv mit der Gestaltung eines Gemeinschaftshauses mit Veranstaltungsraum befasst habe und sich in Zusammenarbeit mit dem beauftragten Architekten und den beteiligten Behörden um zukunftsweisende und machbare Lösungen bemüht habe.

Letztendlich könne doch ein Gemeinschaftshaus nur von der Gemeinschaft belebt werden.

Beschluss:

Die vorgestellte Planungsvariante 8.3 soll nach den Vorgaben des Stadtrates weiterverfolgt werden. Alternativ soll eine Planung ohne gesonderten Trauraum, aber mit ansprechendem Übergang in die Kirchgasse, erstellt werden.

Weitere Festlegungen (Trauraum, Übergang Kirchgasse) erfolgen nach Vorliegen der aktualisierten Planungen und Kostenberechnungen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 16 Nein-Stimmen: 1 Persönlich beteiligt: 0

Top 4 Marktplatz 8 - Grundsatzentscheidung Vorgehensweise
--

Sach- und Rechtslage:**a) Info vom Büro RSP:****Möglichkeit 1:**

Förderung der gesamten Maßnahme (Umbau und Sanierung EG und Sanierung der Gebäudehülle) über Städtebauförderungsmittel.

Dabei wird sich die Stadt aber Einkünfte (Mieten), die sie für das EG einnimmt, anrechnen lassen müssen, sodass „nur“ die sogenannten unrentierlichen Kosten gefördert werden- nach dem sog. Prinzip des Kostenerstattungsbetrages (KEB.)

Möglichkeit 2:

Die Stadt führt Umbau und Sanierung des EG ohne Städtebaufördermittel durch. Für die Sanierung der Gebäudehülle werden dagegen Städtebaufördermittel beantragt.

Natürlich gäbe es theoretisch noch die Möglichkeit, dass die Stadt in Eigenregie nur das EG umbaut und saniert, ohne Sanierung der Gebäudehülle.

Das dürfte aber nicht in Frage kommen, weil es eigentlich nicht den Sanierungszielen der Stadt entspricht.

Nächste Schritte:

- Angebotseinholung für Planungsleistungen/Auftragsvergabe der Planungsleistungen
- Abstimmung des Konzeptes mit dem BLfD/Untere Denkmalschutzbehörde LRA
Dabei könnte es sein, dass die Denkmalpflege die Wiederherstellung des ursprünglich mittigen Eingangs fordert.
- Vorabstimmung mit Regierung von Oberfranken
- Bauantrag alt. Nutzungsänderung und Einholen der denkmalpflegerischen Erlaubnis
- Bewilligungsantrag bei der Regierung für Möglichkeit 1 oder 2 (siehe oben)

Hinweis:

Im Jahresantrag für das Programmjahr 2021 ist Marktplatz 8 bereits enthalten, allerdings nur mit einer Summe von € 20.000.

Welche der beiden o.a. Möglichkeiten zum Zug kommen soll, haben wir im Jahresantrag bewusst offengelassen, damit die Stadt Handlungsspielraum hat.

- b) SRin Müller und SR Löwel sprechen sich für die Variante 2 aus. Sie bitten jedoch noch um Klärung, welche Nutzung (Gastronomie, Arzt oder was auch immer) konkret erfolgen soll, um dann auch tatsächlich den Umbau für eine langfristige Nutzung angehen zu können.

SR Dr. Nüssel verweist darauf, dass die Außenhülle ohne Rücksichtnahme auf das Innenleben saniert werden könne, bevor eine langfristige Nutzung geklärt sei.

Beschluss:

Aufgrund der Vorüberlegungen (Besichtigung BUA etc.) und auch der zeitlichen Möglichkeiten soll die Variante 2 (Umbau des Innenlebens) in Eigenregie durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 5 Kanalsanierungen 2021 - Festlegung

Sach- und Rechtslage:

a) Im Jahr 2020 hat das beauftragte Ingenieurbüro für Tiefbautechnik, Bindlach, die Auswertung der Kanalfilmungen und Unterlagen für ein bauliches Kanalsanierungskonzept vorgelegt. Das Büro wurde gebeten, für das Jahr 2021 aus der Gesamtzusammenstellung einen Vorschlag mit den dringlichsten zu reparierenden bzw. zu erneuernden Stellen herauszuarbeiten, damit diese Arbeiten im Jahr 2021 ausgeschrieben und durchgeführt werden können.

Für Goldkronach betrifft dies Kanalleitungen im Bereich Marktplatz, Sickenreuther Straße, Bernecker Straße, Bachgasse, Weizbühl Richtung Altenbaum, die Leitung zwischen Dressendorf und Kläranlage sowie die Leitung in der unteren Peuntgasse im Bereich ABC an der Kreisstraße Richtung Kottersreuth mit ca. 400.000 € (inkl. Nebenkosten und MwSt) sowie für den Bereich Brandholz die Bereiche, die baulich noch zu sanieren sind und die mit dem Inliner-Verfahren nicht möglich waren. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 100.000 € (inkl. Nebenkosten und MwSt).

Die Stadt Goldkronach ist aufgrund des vorliegenden Wasserrechtsbescheids mit entsprechender Terminierung verpflichtet, zügig die baulichen, hydraulischen Kanalsanierungen sowie Fremdwasserreduzierungen durchzuführen.

Soweit eine abschließende Umsetzung im Jahr 2021 der vorgeschlagenen Maßnahmen möglich ist, könnten hierfür noch die Förderkonditionen der RZWas 2018 genutzt werden.

b) SR Dr. Nüssel bittet um eine Übersicht, aus der hervorgeht, welche Mittel in den Jahren 2019 und 2020 für Kanalsanierungen aufgebracht wurden bzw. welche Zuschüsse beantragt wurden.

Beschluss:

Die vom IB für Tiefbautechnik vorgeschlagenen Kanalsanierungen für das Jahr 2021 (vgl. Anlage) mit Nettokosten in Höhe von 420.882,80 € bzw. Bruttokosten in Höhe von ca. 500.000 € sollen nun nach der bestehenden vertraglichen Vereinbarung ausgeschrieben und bis Ende November 2021 baulich abgeschlossen und abgerechnet werden.

Entsprechende Haushaltsmittel sind einzuplanen. Die Förderung nach der RZWas 2018 ist nach Möglichkeit in Anspruch zu nehmen.

Die Aufgliederung der zu sanierenden bzw. zu erneuernden Stellen ist Bestandteil des Beschlusses.

Sofern Wasserleitungen im Ortsbereich von Goldkronach saniert werden müssen, sind diese bei der Ausschreibung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 6 Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und Sicherung der Gehbahnen im Winter - Neuerlass

Sach- und Rechtslage:

a) Der Bayerische Landtag hat am 02.12.2020 im Rahmen des Gesetzes zur Anpassung bayerischer Vorschriften an die Transformation der Bundesfernstraßenverwaltung auch eine Änderung des Art. 51 Abs. 5 Satz 1 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) beschlossen hat.

Diese Bestimmung ermöglicht es den Gemeinden, den Winterdienst für die Gehbahnen auf die Anlieger zu übertragen.

Die Gesetzesänderung war notwendig geworden, weil der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in einem Beschluss vom 17.02.2020 überraschend entschieden hatte, dass Art. 51 Abs. 5 Satz 1 BayStrWG keine Übertragung der Winterdienstpflichten an solchen öffentlichen Straßen ermögliche, die nur einem Fußgängerverkehr oder einem Fußgänger- und Radverkehr dienen, also nicht Teil einer Ortsstraße (Art. 46 Nr. 2 BayStrWG) sind.

Um die Übertragung dieser Pflichten wieder in rechtlich zulässiger Weise zu ermöglichen, wurde die bereits genannte Gesetzesänderung des Art. 51 Abs. 5 Satz 1 BayStrWG auf den Weg gebracht, welche am 01.01.2021 in Kraft getreten ist.

Da sich die Verordnung der Stadt vom 14.12.2017 auf den vormaligen Art. 51 Abs. 5 Satz 1 des Straßen- und Wegegesetzes bezieht und nicht mehr auf die neue Version, muss die Verordnung neu erlassen werden, allerdings muss auf die letzte Gesetzesänderung des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes Bezug genommen werden.

b) Somit ist folgender Text zu ergänzen:

„Aufgrund des Art. 51 Abs. 4 und 5 des Bayer. Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05. Oktober 1981 (BayRS 91-1-B), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2020 (GVBl. S. 683), erlässt die Stadt Goldkronach folgende Verordnung:“

Der komplette Regelungsinhalt bleibt identisch, lediglich muss das Inkrafttreten der Verordnung zum 01.03.2021 lauten und die alte Satzung vom 14.12.2017 tritt damit zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft. Die Bekanntmachung ist ebenfalls neu vorzunehmen.

Beschluss:

Die dem Beschlussbuch beiliegende neu gefasste „Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter“ tritt zum 01.03.2021 in Kraft. Diese ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Verordnung gilt für einen Zeitraum von 20 Jahren ab Inkrafttreten.

Die bisherige Verordnung vom 14.12.2017 tritt mit Ablauf des 28.02.2021 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Sach- und Rechtslage:

a) Mit Schreiben vom 19.01.2021 stellt der 1. Vorsitzende des Museumsvereins Goldkronach e.V., Herr Klaus-Dieter Nitzsche, den Antrag, für die Umbaumaßnahmen an der Museumsscheune mit Kosten in Höhe von 101.147,00 € den städtischen Investitionszuschuss in Höhe von 10.114,70 € im Rahmen der Richtlinien für freiwillige Leistungen an Vereine zu übernehmen.

Es wird darum gebeten, die Gebäudeversicherung entsprechend den Umbaukosten schon jetzt zu erhöhen und mutwillige Sachbeschädigung einzuschließen.

Die vorgenannten Kosten teilen sich wie folgt auf:

Umbau Museumsscheune mit barrierefreier Toilettenanlage	55.817,00 €
Mobiliar Stühle und Tische	2.000,00 €
Multimediaausstattung (PC, Beamer, TV)	5.000,00 €
Erschließung Bergwerksstollen (publikumstaugl. Eingangsbereich)	19.000,00 €
Zugänge Museumsinformationsraum	19.330,00 €

Hinzugefügt werden darf, dass es sich bei der Position „Erschließung Bergwerksstollen“ bei dem im Rahmen des Regionalbudgets geöffneten zusätzlichen Bergwerksstollen um einen gesicherten publikumstauglichen Eingangsbereich handelt.

b) Für diese Maßnahmen wurde bereits ein Zuschuss in Höhe von 91.032,30 € vom Deutschen Verband für Archäologie im Rahmen des Förderprogramms „Neustart Kultur“ im Programmteil „Pandemiebedingte Investitionen in Kultureinrichtungen zur Stärkung der bundesweit bedeutenden Kulturlandschaft“ aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zugesagt.

Beschluss:

Aufgrund des Zuschussantrages des Museumsvereins Goldkronach e.V. für die in der Sach- und Rechtslage genannten Maßnahmen mit Gesamtkosten in Höhe von 101.147,00 € wird der städtische Investitionszuschuss in Höhe von 10 %, damit maximal 10.114,70 € in Aussicht gestellt.

Die Haushaltsmittel werden für das Jahr 2021 eingeplant.

Dem Museumsverein steht es frei, die Auszahlung der Zuwendung nach Vorlage entsprechender Rechnungen bis zu 80 v. H. des in Aussicht gestellten Zuschusses noch vor Abschluss aller Maßnahmen zu beantragen.

Zudem wird auf die Richtlinie zur Förderung der Vereine in der Stadt Goldkronach (Vereinsförderung) vom 09.12.2015 verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 8 Kindertagesstätten - Kommunalanteil Elternbeitragserstattung

Sach- und Rechtslage:

- a) Die Staatsregierung hat laut Pressemitteilung vom 26.01.2021 beschlossen, Eltern mit Kindern in der Kindertagesbetreuung zu entlasten.
Damit sollen Eltern, die ihre Kinder derzeit nicht oder nur an bis zu 5 Tagen in die Notbetreuung der Kindertageseinrichtungen (auch Mittagsbetreuung) bringen, von den alten Beiträgen entlastet werden. Hierfür werden den Trägern der Kindertagesbetreuung, die entsprechend gefördert werden, erlassene Elternbeiträge rückwirkend ab dem 01.01.2021 pauschal ersetzt.

Bei Krippenkinder handelt es sich pro Monat	um 300,- €,
bei Kindergartenkinder	um 50,- €,
bei Hortkinder	um 100,- €,
bei Kinder in der Kindertagespflege	um 200,- €,
bei der Mittagsbetreuung bis 14.00 Uhr	um 68,- € und
bei der Mittagsbetreuung bis 16.00 Uhr	um 110,- €.

- b) Diese Beitragsentlastung wird jedoch nur zu 70 % vom Freistaat Bayern unterstützt und soll zu 30 % von den Kommunen übernommen werden.
Zu dieser Regelung wurden die kommunalen Spitzenverbände gehört.
Ebenfalls liegt seit 03.02.2021 der Antrag der Evang.-luth. Kirchengemeinde Goldkronach vor, den 30 %igen kommunalen Anteil am Elternbeitragsersatz zu übernehmen.

Soweit alle 37 Krippenkinder, 110 Kindergartenkinder und 2 Hortkinder aus dem Stadtgebiet in den Monaten Januar, Februar und März 2021 nicht oder an weniger als 5 Tagen die entsprechenden Einrichtungen besuchen, würde sich der maximal auf die Stadt Goldkronach entfallende Erstattungsanteil wie folgt beziffern:

für die Krippenkinder auf	ca. 6.600 €,
für die Kindergartenkinder auf	ca. 5.000 €,
<u>für die Hortkinder auf</u>	<u>ca. 180 €,</u>
damit insgesamt auf	ca. 11.780 €.

- c) Hierin ist die Beitragserstattung für die Mittagsbetreuungen nicht enthalten, da aufgrund des Abrechnungsmodus das tageweise zu berechnende Betreuungsentgelt nur dann berechnet wird, wenn das Kind auch tatsächlich zur Betreuung erscheint.
Durch diesen Umstand entgehen der Stadt Goldkronach ca. 2.700 €.
- d) Die Gesamtbelastung der Stadt – sofern der kommunale Anteil am staatlichen Elternbeitragsersatz mitgetragen wird – beläuft sich auf insgesamt ca. 11.780 € ohne die ebenfalls zu erwartende hohe Betriebskostendefizitbeteiligung für die Jahre 2020 und 2021.
- e) SR Popp bittet darum, den Freistaat Bayern über die Landtagsabgeordneten darauf hinzuweisen, dass es Angelegenheit des Staates sei, hier den vollen Beitragsersatz an die Eltern zu leisten, wenn dies schon vom Staat angestoßen werde.

Beschluss:

- a) Die Stadt Goldkronach trägt die Entscheidung der Staatsregierung zur Entlastung der Eltern mit Kindern in der Kindertagesbetreuung von den Kosten in Höhe der Beitragsentlastung von bis zu 30 % im Zeitraum Januar bis März 2021 mit. Dies betrifft alle Eltern ortsansässiger Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten.
Die Mehraufwendungen der Stadt werden aus allgemeinen Steuermitteln getragen.
- b) Soweit für den Bereich der Mittagsbetreuung aus staatlicher Seite noch in die Förderung die örtliche Beitragserstattung einbezogen wird, ist seitens der Stadt ein entsprechender Antrag zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 9 KIGA-Bedarfsanerkennung - Vorgehensweise

Sach- und Rechtslage:**a) Kinderkrippenbedarf**

Aktuell reichen die Kapazitäten unserer beiden Kindergärten Wichtelschiff und Mäusenest nicht aus, um im September 2021 allen Kindern einen Platz anzubieten.

Aus diesem Grund fanden mittlerweile im Nachgang zur Sitzung vom 18.11.2020 zwei Treffen in Brandholz (05.12.2020) und in der Schule Goldkronach (16.01.2021) statt. Teilgenommen haben die beiden Kirchengemeinden, Stadträte aller Fraktionen, die Schulrektorin sowie weitere interessierte Personen (Waldpädagogen, Waldorfkindergarten...)

Die verschiedenen Möglichkeiten (Ausgliederung einer Gruppe, Mini-Kita etc.) wurden beleuchtet und besprochen.

Letztlich wurde die Schule als Erweiterungsmöglichkeit angesehen.

Die aktuellen Umbaumaßnahmen (auch der Multifunktionsraum wird bis September voraussichtlich noch nicht zur Verfügung stehen), die Corona Situation sowie die Planungen innerhalb der Schule (eine weitere Kombiklasse 1,2) für das kommende Schuljahr legten diese Planungen allerdings auf Eis.

Von Seiten des Kindergartens Goldkronach wurde der Wunsch geäußert, eine Lösung für die Krippenkinder zu schaffen.

Letztlich wurde eine Containerlösung als kostengünstige und vor allem kurzfristige Lösung in Betracht gezogen. In Frage käme der Bereich rechts neben dem Haupteingang des Neubaus hin zur Schule.

Ein Angebot (allerdings noch mit einer Kindergartengruppe) liegt bei ca.220.000 Euro. Dazu kommen noch Baunebenkosten etc.

In die Vorgespräche wurde auch das Landratsamt Bayreuth mit einbezogen. Die Förderfähigkeit richtet sich nach FAG sowie ggf. einer zusätzlichen aktuellen Förderung über einige Prozentpunkte.

Die Containerlösung scheint auch langfristig (Voraussetzungen Dämmung etc. sind einzuplanen), da eine Mietlösung befristet ist und auch hier erhebliche Kosten anfallen.

Die aktuellen Raumpläne (Krippe) liegen bereits vor.

Als erster Schritt wäre der Bedarf für September zu beschließen (Liste liegt vor)

Wichtelschiff: 10 Kinder Bedarf – davon 8 Krippenkinder- > **Krippengröße 12**

Mäusenest: ca. 10-11 Kinder - > **Krippengröße 12**

Darüber hinaus sollten Angebote für eine Krippenlösung in dauerhafter Containerbauweise eingeholt werden.

b) Waldkindergarten:

Am 18.02.2021 fand eine Begehung des Gebietes rund um den Goldberg mit dem Vorsitzenden, Frau Röthlingshöfer vom Landratsamt Bayreuth sowie den beiden Kindergartenleiterinnen Frau Schoberth und Frau Müller statt.

Für eine Waldkindergartengruppe würden sich die Gegebenheiten hervorragend eignen: Notfall-Ausweichquartier bei schlechtem Wetter: Gemeindehaus Brandholz

Sanitäre Anlagen (bei Bedarf nutzbar): Infohaus

Dauerhafte Nutzung (vergleichbar Bauwagen): Schmutzlerhütte

Von allen Beteiligten wurden hier die Möglichkeiten und die Vorteile gesehen. Auch die bestehende Infrastruktur eignet sich besonders gut.

Möglich wäre auch eine Gruppe mit Kindern aus beiden Orten (Kindergärten) ab einem Alter von 3,5 Jahren.

Die nächsten Schritte: Abklärung Unfallversicherung (Stadt)

Ermittlung Bedarf bzw. Interesse an einer Waldgruppe bei den Eltern/Kindern (beide Kindergärten)

Mögliche Erzieherinnen für den Waldkindergarten (beide Kindergärten)

c) Diskussion:

SR Dr. Nüssel spricht sich nach wie vor für die vernünftige Lösung mit der Schule aus.

Allerdings weist der Vorsitzende darauf hin, dass bis September 2021 die Sanierung des Mehrzweckraumes nicht abgeschlossen sein wird.

SR Dr. Nüssel ergänzt, dass auch eine Container-Lösung wohl nicht ausreichen wird, da durch die Erschließung von Baugebieten ein Mehrbedarf an Kinderkrippenplätzen entstehen wird.

Auf Nachfrage von SR Popp informiert der Vorsitzende über den Fördersatz von ca. 40 v. H. nach FAG.

SR Popp ist der Ansicht, dass wenn schon in der Schule zusätzlich große Räumlichkeiten geschaffen werden, diese nicht durch die Nutzung von einer Kinderkrippe blockiert werden sollten. Langfristig sollte das Lehrerwohnhaus in die Planungen einbezogen werden. Dieses Gebäude habe zwar Sanierungsbedarf, jedoch sollte eine entsprechende Nutzung gewährleistet werden, auch wenn diese Nutzung kurzfristig nicht realisierbar ist.

Letztendlich weist SR Popp noch darauf hin, dass der Bereich im Altbau der Schule Richtung Leisauer Straße nicht genutzt wird. Auch wenn diese Räume nicht optimal sind, jedoch sind diese kurzfristig als Übergangslösung besser als der Erwerb von Containern mit Kosten in Höhe von ca. 200.000 €.

SR Sahrman spricht sich für die Containerlösung aus, da bei mehr Kindern auch ein größerer Raumbedarf in der Schule zu berücksichtigen sei.

SRe Retsch und Rieß erkundigen sich, weshalb in den früher vorhandenen 18 Klassenzimmern nunmehr keine Nutzungskapazitäten vorhanden seien.

SR Hofmann regt an, doch in den Neubauplanungen auch eine standardisierte Fertigbauweise in Holz mit einzubeziehen. Letztendlich müsse es immer Maßgabe sein, dass die neu geschaffenen bzw. für die Kinderkrippe geschaffenen Betreuungsräume langfristig zur Nutzung gesichert sind.

Beschluss:

Der oben genannte Bedarf der beiden Kindergärten wird anerkannt (je 12 bzw. gesamt 24 Kinder)

Bis zur Märzsitzung sind weitere Angebote für eine/zwei Kinderkrippengruppen (Containerlösung) einzuholen.

Der Standort wäre jeweils noch optimiert (ggf. Einbindung vorhandener Infrastruktur) zu klären. Die Schaffung einer Waldkindergarten-Gruppe wird begrüßt und – bei Bedarf - auch unterstützt.

Das Schulgebäude solle nochmals intern geprüft und ebenso mittelfristig das Lehrerwohnhaus mit einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 10 Kommandantenwahlen FF Sickenreuth und FF Brandholz - Bestätigungen / Bestellung Notkommandanten FF Dressendorf**Sach- und Rechtslage:****a) Kommandantenwahlen der FF Sickenreuth**

Die anberaumte Briefwahl mit Ergebnisermittlung fand am 18.02.2021 ab 17.00 Uhr im Rathaus statt.

Von den 15 aktiven wahlberechtigten Feuerwehrdienstleistende gaben 10 einen Wahlbrief mit Stimmzettel rechtzeitig ab.

Der als Kandidat für den 1. Kommandanten vorgeschlagene Feuerwehrkamerad Herr Günter Hirschmann, Am Goldberg 11, 95497 Goldkronach, erhielt über die 10 vorliegenden Stimmzettel 8 gültige Stimmen. 2 Stimmen waren ungültig.

Der als Kandidat für den stellvertretenden Kommandanten vorgeschlagene Feuerwehrkamerad und bisherige Kommandant Herr Peter Kynast, Sickenreuther Str. 73, 95497 Goldkronach, erhielt über die 10 vorliegenden Stimmzettel 7 gültige Stimmen. 2 Stimmen waren ungültig. Eine Stimme entfiel auf einen anderen Kandidaten.

Beide wurden mit Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt.

Beide Bewerber sind fachlich geeignet und haben die erforderlichen Lehrgänge bereits besucht.

Nach Ergebnisermittlung wurde der Kreisbrandrat Herr Hermann Schreck um Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 19.02.2021 hat dieser mitgeteilt, dass er gegen die Bestätigung der beiden neu gewählten Kommandanten keine Bedenken erhebt.

Beschluss:**a) Kommandantenwahlen FF Sickenreuth**

Der in der Briefwahl durch die wahlberechtigten aktiven Feuerwehrdienstleistenden der FF Sickenreuth am 18.02.2021 gewählte

1. Kommandant Herr Günther Hirschmann, Am Goldberg 11, 95497 Goldkronach, und dessen Stellvertreter Herr Peter Kynast, Sickenreuther Str. 73, 95497 Goldkronach,

werden anerkannt. Beide sind fachlich geeignet und haben die vorgeschriebenen Lehrgänge mit Erfolg besucht. Der Kreisbrandrat hat keine Bedenken gegen die Bestätigung erhoben.

Damit wird die Wahl des neuen 1. Kommandanten sowie des neuen stellvertretenden Kommandanten durch den Stadtrat bestätigt.

Die Wahl bzw. die Bestätigung erfolgt für einen Zeitraum von 6 Jahren.

Eine entsprechende Mitteilung über die Bestätigung des Stadtrates ist an beide Kommandanten zu versenden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Pers.beteiligt: 0

Sach- u. Rechtslage:

b) Wahl zum stellvertretenden Kommandanten der FF Brandholz

Die anberaumte Briefwahl mit Ergebnisermittlung fand am 18.02.2021 ab 18.00 Uhr im Rathaus statt.

Sämtliche 29 wahlberechtigte Feuerwehrdienstleistende erhielten Briefwahlunterlagen. Von den 17 abgegebenen Briefwahlunterlagen waren 17 Stimmzettel gültig.

Der als Kandidat für den stellvertretenden Kommandanten vorgeschlagene Feuerwehrkamerad Herr Christian Riegel, Zoppatenstr. 13, 95497 Goldkronach, erhielt von den 17 abgegebenen Stimmzetteln 17 Stimmen. Es waren keine Stimmzettel ungültig.

Damit wurde dieser mit Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt.

Nach Ergebnisermittlung wurde der Kreisbrandrat Herr Hermann Schreck um Stellungnahme gebeten. Mit Schreiben vom 19.02.2021 hat dieser mitgeteilt, dass er gegen die Bestätigung des neu gewählten stellvertretenden Kommandanten keine Bedenken erhebt, sofern dieser die Lehrgänge „Gruppenführer“ und „Leiter einer Feuerwehr“ innerhalb eines Jahres besucht.

Beschluss:

b) Wahl zum stellvertretenden Kommandanten der FF Brandholz

Der in der Briefwahl durch die wahlberechtigten aktiven Feuerwehrdienstleistenden der FF Brandholz am 18.02.2021 gewählte

stellvertretende Kommandant Herr Christian Riegel, Zoppatenstr. 13, 95497 Goldkronach,

wird anerkannt. Der Kreisbrandrat hat keine Bedenken gegen die Bestätigung erhoben, vorbehaltlich des Besuchs der Lehrgänge „Gruppenführer“ und „Leiter einer Feuerwehr“ innerhalb eines Jahres.

Damit wird die Wahl des neuen stellvertretenden Kommandanten durch den Stadtrat bestätigt, sofern er die geforderten Lehrgänge innerhalb eines Jahres besucht.
Die Wahl bzw. die Bestätigung erfolgt für einen Zeitraum von 6 Jahren.

Eine entsprechende Mitteilung über die Bestätigung des Stadtrates ist an den neu gewählten stellvertretenden Kommandanten zu versenden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Pers.beteiligt: 0

Sach- u. Rechtslage:

c) Notbestellung des Kommandanten und des stellvertretenden Kommandanten für die FF Dressendorf

Bereits mit Einverständniserklärung vom 12.01.2021 haben sich der bisherige Kommandant Herr Thomas Zapf sowie der stellvertretende Kommandant Herr Mario Ponfick bereit erklärt, auch nach Ablauf der Amtszeit zum 03.12.2020 während einer 3-monatigen Übergangsfrist und auch darüber hinaus ihr Amt weiterzuführen.

Da die 3-monatige Übergangsfrist am 03.03.2021 abläuft und in absehbarer Zeit keine Dienstversammlung zur Abhaltung von Kommandanten-Wahlen anberaumt werden kann, aber auch keine Briefwahl durchgeführt werden soll, ist nun die Bestellung der Kommandanten erforderlich. Um auszuschließen, dass die FF Dressendorf längere Zeit ohne Kommandanten ist, sieht Art. 8 Abs. 2 BayFwG die Bestellung eines „Notkommandanten“ durch die Kommune vor.

Bestellt werden darf nur ein geeigneter Feuerwehrdienstleistender. Die Bestellung ist ein Verwaltungsakt der Stadt. Zuständig hierfür ist der Stadtrat.

Da sich beide Kommandanten bereit erklärt haben, ihr Amt bis zur nächsten Dienstversammlung, bei der eine Kommandanten-Wahl möglich ist, weiterzuführen, sollen nun die beiden bisherigen Kommandanten auch als „Notkommandanten“ bestellt werden.

Beschluss:

c) Notbestellung des Kommandanten und des stellvertretenden Kommandanten für die FF Dressendorf

Der Stadtrat bestellt gemäß Art. 8 Abs. 2 BayFwG Herrn Thomas Zapf, Angerstr. 16, 95497 Goldkronach, zum Kommandanten der FF Dressendorf sowie Herrn Mario Ponfick, Depser Str. 6, 95497 Goldkronach, zum stellvertretenden Kommandanten der FF Dressendorf.

Die Bestellung endet jeweils mit der Bestätigung eines gewählten Kommandanten bzw. stellvertretenden Kommandanten in der nächstmöglichen Dienstversammlung, in der Kommandanten-Wahlen durchgeführt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Pers.beteiligt: 0

Top 11 Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges TLF 3000 mit Staffelkabine für die FF Brandholz - Ausschreibung
--

Sach- und Rechtslage:

a) Im Nachgang zum Stadtratsbeschluss vom 16.09.2020 wurde der Förderantrag bei der Regierung von Oberfranken gestellt.

Mit Bescheid vom 17.12.2020 (Eingang 28.12.2020) wurde nunmehr für die Beschaffung des Tanklöschfahrzeuges TLF 3000 mit Staffelkabine eine Zuwendung in Höhe von 73.500 € bewilligt.

Der Bewilligungszeitraum endet am 31.12.2023.

Allerdings ist die Maßnahme bis spätestens 31.12.2021 zu beginnen (Auftragsvergabe). Der Beginn wäre der Regierung von Oberfranken schriftlich mitzuteilen.

b) Als nächster Schritt wäre nun die Ausschreibung des TLF 3000. Da die Beschaffungskosten wohl über 214.000 € netto (brutto ca. 255.000 €) liegen werden, muss eine europaweite Ausschreibung stattfinden. Dies ist durch die bestehende Personalausstattung der Verwaltung nicht zu leisten.

Es sollen nun analog der Ausschreibung für den Gerätewagen Logistik der FF Goldkronach mindestens zwei, besser drei Angebote von entsprechenden Fachfirmen eingeholt werden, die diese Ausschreibung für die Stadt Goldkronach durchführen können.

Es wird mit Kosten in Höhe von ca. 6.000 € (netto) gerechnet.

Beschluss:

Für die Ausschreibung des TLF 3000 mit Staffelnkabine für die FF Brandholz ist ein Fachbüro zu beauftragen. Voraussetzung hierfür ist, dass möglichst drei Angebote eingeholt werden. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bei Honorarkosten unter 10.000 € netto gemäß der Geschäftsordnung den Auftrag an den wirtschaftlichsten Anbieter unter Beachtung der Leistungsfähigkeit und Erfahrung des Büros zu vergeben.

Die Ausschreibung des TLF 3000 ist so vorzunehmen, dass im Dezember 2021 die Auftragsvergabe durchgeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 12 Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes - Onlineformulare
--

Sach- und Rechtslage:

Im Rahmen des Online-Zugangsgesetzes wird gefordert, möglichst umfassend Serviceleistungen über Online-Formulare ins Bayern Portal zu integrieren.

Soweit mindestens 20 Online-Formulare über das Bayern Portal seitens der Stadt Goldkronach zur Verfügung gestellt werden, besteht auch die Möglichkeit, über die Förderrichtlinie „Digitales Rathaus“ eine Förderung in Höhe von 80 v.H. der Kosten zu beantragen, soweit die tatsächlichen Kosten mehr als 5.000 € betragen.

Damit die Förderung beantragt werden kann, wurden über die Stadtverwaltung Angebote zweier Firmen eingeholt. Eine dritte Firma fehlt noch, damit nach Möglichkeit die erforderlichen drei Firmen beteiligt werden.

Bevor hier eine Auftragsvergabe erfolgen kann, muss der Förderantrag online gestellt werden.

Die bisherigen Angebote liegen brutto zwischen 8.000 € und 14.000 €.

Ein Wechsel des bisherigen Anbieters wäre nach Aussage der weiteren Firma möglich, da die Online-Formulare nicht in die vorhandenen Strukturen eingebunden werden müssen. Sofern dies gewährleistet ist, kann der Auftrag an den günstigsten Anbieter vergeben werden, soweit die Fördervoraussetzungen und die Funktionsfähigkeit der gebotenen Online-Formulare gegeben sind.

Im Anhang ist die Aufstellung der bereits vorhandenen und noch möglichen Online-Dienste beigefügt. Diese wurde von der EDV-Administratorin Frau Schneider erstellt.

Beschluss:

- a) Die Stadt Goldkronach wird im Rahmen des Online-Zugangsgesetzes möglichst umfassend - mindestens jedoch 20 - Online-Formulare im Bayern Portal nach den Maßgaben der Förderrichtlinie „Digitales Rathaus – FöRdR“ – zur Verfügung stellen.
Zur Angebotseinholung sind mindestens drei Anbieter aufzufordern.
- b) Der Vorsitzende wird ermächtigt, den Auftrag an den Anbieter zu erteilen, der unter Voraussetzung der Kompatibilität mit den technischen Gegebenheiten der EDV der Stadtverwaltung und Erfüllung der Förderkriterien das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat.

Der Auftrag ist erst nach Stellung des Förderantrages und Bestätigung der Förderbehörde (Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung) zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17 Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 13 Weitere Informationen, Anfragen, Sonstiges**Top 13.1 Corporate Identity****Sach- und Rechtslage:**

Der Vorsitzende stellt die Vorschläge von Johanna Lauterbach für ein Logo der Stadt Goldkronach vor. Von den drei vorgestellten Entwürfen wird der Entwurf 2 favorisiert.

SRin Müller erkundigt sich, ob der Begriff „Alexander-von-Humboldt-Stadt“ für die Stadt Goldkronach gesichert ist.

Der Vorsitzende verweist hierbei auf Kosten von ca. 300 bis 400 € für die Prüfung. Er werde dies anstoßen.

Top 13.2 Defibrillatoren**Sach- und Rechtslage:**

Der Vorsitzende weist auf ein Förderprogramm zwecks Defibrillatoren hin. Aufgrund der Voraussetzungen wurde ein Antrag für den Ortsteil Brandholz gestellt. Insgesamt seien jedoch nur drei (landkreisweit) zu vergeben.

Top 13.3 Zweckverband Wasserversorgung Benker Gruppe**Sach- und Rechtslage:**

Der Vorsitzende gibt die neuesten Informationen zur beauftragten Studie sowie den von den Mitgliedsgemeinden gemeldeten Wasserbedarf bekannt.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt wird Wasser der FWO für den Bereich der Benker Gruppe eingespeist.

Die nächste Besprechung zur Studie findet am 04.03.2021 statt.

Top 13.4 Hochbehälter Brandholz - Sachstand**Sach- und Rechtslage:**

Nach Erarbeitung verschiedener Varianten für einen Neubau/Sanierung und Sicherstellung der Löschwasserversorgung wurde die Bereitschaft der umliegenden Grundstückseigentümer geprüft, inwieweit hier Flächen abgetreten werden, damit der Umbau/Neubau des Hochbehälters sichergestellt werden kann. Der bisher bestehende Hochbehälter könnte dann zumindest teils als Löschwasser-Reservoir weiterhin genutzt werden.

Sobald eine erneute Vorplanung unter Berücksichtigung der Grundstücksfrage und der Sicherstellung der Löschwasserversorgung vorliegt, wird diese dem Stadtrat vorgestellt.

Top 13.5 Dorferneuerung Nemmersdorf - Maßnahme Dorfstraße am Sportplatz

Die Maßnahme Dorfstraße am Sportplatz wurde ausgeschrieben.

Die Teilnehmergeinschaft Nemmersdorf hat mit Umlaufbeschluss vom 02.02.2021 die Auftragsvergabe an die Firma Rädlinger Straßen- und Tiefbau GmbH in Selbitz zum Bruttoangebotspreis von 630.901,09 € beschlossen.

Die ursprüngliche Kostenberechnung belief sich auf ca. 622.150 €.

Der Anteil der Stadt an der Auftragssumme beläuft sich auf 35 v. H., damit ca. 220.000 €.

SR Retsch bittet um einen Ortstermin mit der Baufirma und dem Amt für ländliche Entwicklung, um noch Details abzusprechen.

Top 13.6 Alexander-von-Humboldt-Grundschule - Leihgeräte für Schüler und Lehrer**Sach- und Rechtslage:**

Am 15.02.2021 wurden 5 Lehrer-Leihgeräte mit Kosten in Höhe von ca. 4.600 € sowie 10 Schüler-Leihgeräte mit Kosten in Höhe von ca. 8.000 € übergeben.

An Fördermitteln hierfür werden insgesamt ca. 5.070 € ausgereicht.

Die Gerätschaften werden zur langfristigen Nutzung an Lehrer und bedürftige Schüler nach Abschluss eines Leihvertrages ausgehändigt.

Hinzugefügt werden darf, dass damit das Los 2 der Ausschreibung „Medienausstattung für das digitale Klassenzimmer“ hinsichtlich der dort angebotenen Tablets (Kosten in Höhe von ca. 1.900 €/Stück) hinfällig ist.

Hinsichtlich der überteuerten Medienausstattung laufen noch die Nachverhandlungen.

Top Unterbrechung der Sitzung von 20.15 Uhr bis 20.20 Uhr für eine Lüftungspause**Top 13.7 Bündelausschreibung für die kommunale Strombeschaffung für die Lieferjahre 2023 bis 2025****Sach- und Rechtslage:**

Die KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH in 19061 Schwerin teilt mit, dass bereits jetzt geklärt wird, ob die Kommunen an der Bündelausschreibung für die kommunale Strombeschaffung in Bayern für die Lieferjahre 2023 bis 2025 teilnehmen.

Bei der letzten Bündelausschreibung wurde mit der Firma KUBUS ein unbefristeter Dienstleistungsvertrag geschlossen. Ein erneuter Vertragsabschluss ist damit nicht erforderlich, jedoch ist die Teilnahme an dieser Bündelausschreibung nicht verpflichtend.

Sofern aber eine Teilnahme nicht gewünscht werden sollte, müsste der bestehende unbefristete Dienstleistungsvertrag spätestens zum 11.03.2021 gekündigt werden.

Da bisher über diese Bündelausschreibung sowohl die Vorgabe des gewünschten Stromes „Stromart“ (z.B. Ökostrom) berücksichtigt wurde, als auch durch die immensen ausgeschriebenen Strommengen durch Bündelung aller Gemeinden wirtschaftliche Preise erzielt wurden, steht nichts entgegen, wieder an dieser Ausschreibung teilzunehmen.

Für die Dienstleistung werden Kosten in Höhe von ca. 1.200 € zuzüglich MwSt anfallen.

Eine Erbringung dieser Ausschreibungsleistung durch die Verwaltung ist hinsichtlich der relativ niedrigen Kosten und der niedrigen Stromverbrauchsmengen nicht wirtschaftlich.

Top 13.8 Unbemannt-store

Sach- und Rechtslage:

a) Der Vorsitzende stellt das von Marie Grieshammer und Jana-Lisa Mönch vom Bayreuther Land sowie ihm erstellte Konzept vor.

Grundlage war, dass es keine Metzgerei mehr gibt, ein Supermarkt in Goldkronach wegen der möglichen Zerstörung von innerstädtischen Läden nicht gewünscht wird und das Erdgeschoss des Sparkassengebäudes leer stehe.

Basis für den Betrieb dieses Ladens sei die angedachte Kooperation mit dem bestehenden Lebensmittelmarkt, damit hier keine Konkurrenz entstehe.

Möglich wäre eine 24/7-Öffnung ohne Personal und mit einer self-scanning-Kasse.

Auch ein Lieferservice wäre denkbar. Es sollen regionale Produkte angeboten werden.

Die Diebstahlsicherheit, evtl. über Kameras oder Registrierung, muss berücksichtigt werden.

Einmalige Kosten würden in Höhe von ca. 20.000 € zuzüglich der laufenden Kosten erwartet.

Das Projekt selber wurde durch den Vorsitzenden an die ILE im Rahmen des Regionalbudgets 2021 zur Förderung angemeldet. Die Chancen für eine Förderung stehen gut. Ebenfalls habe der Landkreis seine Unterstützung signalisiert.

Der Beginn wäre frühestens zum 01.07.2021, realistischer aber zum 01.09.2021 möglich.

Von den Fördergebern muss die Beteiligung von privaten Investoren noch genehmigt werden.

Die Stadt soll Initiator und auch Träger der Maßnahme bei den Fördergebern sein.

b) SR Dr. Nüssel sieht den Ansatz als vernünftig an, vor allem können die Synergieeffekte der Bankautomaten und des bestehenden Marktes genutzt werden. Die Kosten seien überschaubar, es fehlen allein die Parkmöglichkeiten. Hierfür müsse der Stadtrat noch eine Lösung finden.

SRin Lutz gibt zu bedenken, dass ein Zugangssystem wichtig sei, da die angrenzende Staatsstraße St 2163 auch Zubringerstraße zu einem benachbarten Land sei. Die durchgängige Öffnung sollte überdacht werden.

SR Backs unterstützt die Idee, jedoch sollte nach seiner Meinung zwischen 22.00 Uhr und 05.00 Uhr keine Öffnung erfolgen.

SR Hofmann sieht das Konzept als innovativ an, vor allem da der Laden in der Innenstadt erhalten werde. Letztendlich solle doch die Betreuung bei einem privaten Investor liegen. Auch aus schalltechnischer Sicht sehe er eine Öffnung nach 22.00 Uhr als problematisch an.

c) Da seitens des Stadtrates keine Einwendungen gegen das Konzept geäußert wurden, wird der Bürgermeister dieses weiterentwickeln, die Entscheidung der ILE zur Förderung abwarten und den Stadtrat über den Sachstand und die weitere Vorgehensweise in einer der nächsten Sitzungen informieren.

Top 13.9 Anfragen

Sach- und Rechtslage:

- **Goldbergstraße**

Auf Nachfrage von SR Rieß wird der Sachstand (Prüfung der Vorplanung beim ALE Bamberg) dargestellt.

- **Homepage**

Auf Hinweis von SRin Müller wird erläutert, dass die städtische Homepage nach Aussage des neuen Betreibers Anfang März wieder zur Verfügung stehen wird.

- **Gemeinschaftshaus Brandholz**

SRin Müller sei darauf angesprochen worden, dass die Zugangsrampe zum Gemeinschaftshaus in der Kurve zu schmal sei. Dies bereite Rollstuhlfahrern Probleme. Hier solle Abhilfe geschaffen werden.

.....
Vorsitzender

.....
Schriftführung